

Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 124



Diffizile Gemengelage

Analyse: Die nationale, regionale und internationale Ebene des Syrien-Konflikts

Meine Arbeit in Damaskus

Warum ich immer wieder nach Syrien reise und doch keine Kriegsberichterstatterin bin

von

Karin Leukefeld

Diese Beiträge sind erschienen - in „Junge Welt“ vom 09.07.2013 Seite 10 und vom 26.10.2013 Seite 4 (Beilage)

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/



Was immer in Syrien aktuell geschieht, es reagieren darauf verschiedenste Bevölkerungsgruppen: Vertreter der Religionen, die in Stammesstrukturen lebende Landbevölkerung, Kurden im Norden, die städtische Zivilgesellschaft Foto: Reuters

Der Konflikt in Syrien hat drei Ebenen: eine nationale, eine regionale und eine internationale. Sie sind jeweils in weitere Konfliktebenen unterteilt. Hinzu kommen islamische Spannungsbögen von Nord nach Süd (Sunniten) und von Ost nach West (Schiiten), die sich in Syrien kreuzen. In diesem Feld leben religiöse und ethnische Gruppen, die es lange vor der Entstehung des Islam im 7. Jahrhundert gab. Beduinen und andere Stämme bilden über die derzeitigen internationalen Grenzen hinaus seit Jahrhunderten in der Region eine lebendige gesellschaftliche Struktur. Verschiedene Nationalitäten (Tscherkessen, Armenier, Assyrer, Palästinenser, Iraker) wanderten im Laufe der letzten Jahrhunderte auf der Flucht vor Verfolgung ein. In diesen Gruppen wiederum spiegeln sich weitere religiöse Verschiedenheiten, jenseits derer, die sie in ihrer Wahlheimat Syrien vorfanden.

Anders als Russland, Iran, Indien und China, die ähnlich vielfältige Gesellschaften haben, tragen weder die oppositionellen bewaffneten Kräfte, noch die oppositionelle Nationale Koalition, noch die Golfmonarchien, die EU-Staaten und die USA der komplexen Realität in Syrien Rechnung. Angst und militärische Gewalt lassen für politische Lösungen keinen Raum. Die mangelnde Bereitschaft aller Akteure – national, regional und international –, den Krieg zugunsten einer politischen Lösung zu beenden, kann Syrien und seine kulturell vielfältige und tolerante Gesellschaft auf lange Zeit zerstören.

Die nationale Ebene

Die nationale Ebene des Konflikts in Syrien reicht weiter zurück als die ihn eröffnenden Ereignisse in Deraa im März 2011 es offenlegen, wo Regimegegner und Sicherheitskräfte sich über Tage Kämpfe lieferten. Seit dem Ende der französischen Mandats-

zeit im Jahr 1946 hat eine Fülle von Konflikten das souveräne Syrien, seine Gesellschaft, Wirtschaft und Politik begleitet.

Der tiefste und älteste Konflikt auf nationaler Ebene ist das ausgeprägte Stadt-Land-Gefälle. Ursache dafür ist die unterschiedliche Entwicklung der modernen Stadt- und der konservativen Landbevölkerung. Soziologen wie der aus Aleppo stammende Yousef Courbage machen den unterschiedlichen Entwicklungsstand an der Geburtenzahl pro Familie und der Mobilität bzw. Bildung und Berufstätigkeit der Frauen fest. Während die städtischen Familien selten mehr als drei Kinder haben, sind es bei den Familien auf dem Land oft bis zu zehn. In den ländlichen Gebieten lebt die Bevölkerung in Stammes- und Großfamilien, die Autorität des religiösen Scheichs oder Stammesführers zählt oft mehr als die des Staates. Es gibt ein Bildungs- und Einkommensgefälle zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung. Soziokulturell liegen die städtische und ländliche Gesellschaft Syriens ganze Jahrhunderte auseinander, sagt Courbage.

Durch rasches Bevölkerungswachstum und große Landflucht infolge einer fast zehnjährigen Dürre im östlichen Mittelmeerraum sind Hunderttausende Menschen vom Land in die Städte gezogen. Um die Provinzhauptstädte Deir Ezzor, Aleppo, Hama, Homs und Damaskus entstanden Satellitenstädte und informelle Siedlungen, deren Bevölkerungszahlen bald die der ursprünglichen Städte um ein Vielfaches übertrafen.

Dem Staat, der sich politisch und wirtschaftlich seit 2000 in einer rasanten Umbruchphase befindet, gelang es nicht, diese ländliche Bevölkerung in das städtische Leben einzubeziehen. Zwar entstanden Krankenhäuser, Schulen und Wohnungen, Strom-, Wasser-, Telefon- und Internetleitungen wurden gelegt. Doch es fehlte eine Arbeitsperspektive für die überwiegend junge Bevölkerung. Die Umwandlung der Ökonomie von der staatlichen Plan- zur liberalen Marktwirtschaft überforderte Millionen Menschen, aber auch die nationale Ökonomie. Als das Land sich 2005 für ausländische Investoren öffnete und vor

allem die Türkei davon profitierte, mussten Klein- und Familienbetriebe reihenweise schließen.

Zu den weiteren Konflikten auf der nationalen Ebene gehören die Spannungen zwischen der säkular orientierten Arabisch-Sozialistischen Baath-Partei Syriens (gegründet 1947, in Syrien 1966) mit so ziemlich allen anderen Parteien des Landes. Ob Kommunisten, Sozialisten, Liberale, Nasseristen oder Monarchisten, die Baath-Partei beanspruchte die Alleinvertretung, die sich schließlich in der Verfassung wiederfand. Angehörige anderer Parteien, selbst Andersdenkende in den eigenen Reihen wurden ausgegrenzt, verfolgt, inhaftiert, getötet, viele verließen das Land. Mit der Bildung einer Nationalen Progressiven Front 1972 konnten einige der Parteien offiziell und auch auf parlamentarischer Ebene wieder arbeiten.

Herausragender innenpolitischer Konflikt ist der zwischen der säkularen Partei und der Muslimbruderschaft. Diese Organisation des politischen Islam war 1928 in Ägypten gegründet worden; in Syrien entstand sie 1937. Ein Aufstand der Muslimbruderschaft zwischen 1978 und 1982 wurde in Hama mit Armee und Luftwaffe blutig niedergeschlagen. Tausende flohen in den Norden Jordaniens, nach Ägypten oder in die Golfstaaten. In Aachen in Westdeutschland fand die Führung der Muslimbruderschaft Zuflucht.

Wichtig ist auch der Konflikt zwischen der Baath-Partei und der kurdischen Nationalbewegung, die mit dem Erstarken der Kurden im Nordirak in den 1960er Jahren auch in Syrien an Bedeutung gewann. Im Laufe der Jahre differenzierte sich die kurdische Bewegung in verschiedene Gruppen. Heute ist die Partei der demokratischen Union, die der Kurdischen Arbeiterpartei PKK nahesteht, die stärkste Partei und Bewegung für die Interessen der Kurden in Syrien.

Der Konflikt zwischen der Baath-Partei mit der Muslimbruderschaft einerseits und der kurdischen Nationalbewegung andererseits verweist exemplarisch auf grundlegende Prinzipien, nach denen Syrien politisch unter der Baath-Partei ausgerichtet

wurde. Jeder Syrer hat das Recht und die Freiheit, eigene kulturelle, nationale und religiöse Werte zu leben. Verboten ist es, kulturelle, nationale oder religiöse Prinzipien für eine politische Mobilisierung einzusetzen. Das Prinzip, Religion oder nationale Zugehörigkeit von Politik zu trennen, wurde auch in der neuen Verfassung verankert, die 2012 per Referendum angenommen wurde. Der Vorgang war umstritten, da zu dem Zeitpunkt weite Teile des Landes umkämpft waren und viele Syrer sich nicht an dem Referendum beteiligen konnten oder wollten.

Weitere nationale Besonderheiten



Türkei, Saudi-Arabien, Katar, Ägypten, Iran, Libanon, Jordanien, Israel etc.: Die Staaten der Region haben ein Auge auf die Geschehnisse in Syrien (Israelis auf den Golanhöhen, 7.6.2013)

Foto: Ammar Awad/Reuters

Wie in jedem Staat und jeder Gesellschaft, gibt es auch in Syrien einen Generationenkonflikt, der sich in der aktuellen Lage widerspiegelt. Dabei ist wiederum das Stadt-Land-Gefälle zu berücksichtigen. Männliche junge Erwachsene aus den Satellitenstädten und informellen urbanen Siedlungen sowie aus ländlichen Gebieten, wo Stämme über mehr Autorität als der Staat verfügen (Deir Ezzor, Idlib), schließen sich rasch den bewaffneten Gruppen an, oft gegen Rat oder Gebot der Eltern. Es gibt Familien mit einem Sohn bei den Aufständischen und einem anderen bei der Armee. Junge Frauen haben bei den Islamisten oft als Ehegattinnen von Kämpfern herausragende Aufgaben übernommen. Die städtische Jugend zeigt eine andere Herangehensweise an die aktuelle Auseinandersetzung. Analytisch, kreativ und humanitär orientiert, haben viele sich am Anfang an Protesten beteiligt, mit zunehmender Gewalt haben sie sich von Aktivitäten zurückgezogen.

Ein weiterer nationaler Konflikt entstand nach der israelischen Invasion und Besetzung der Golanhöhen 1967, was zu einer starken Militärpräsenz in der Umgebung der Hauptstadt Damaskus führte. Agrarflächen, Grund und Boden von Klein- und

Großgrundbesitzern wurden verstaatlicht, um Flughäfen, Truppenübungsplätze und militärische Stellungen samt Kasernen und Unterkünften für das zivile Personal und die Militärangehörigen zu bauen. Die Landbesitzer wurden damals zu sehr geringen Sätzen entschädigt. Mit dem wirtschaftlichen Boom nach 2000 stiegen die Grund- und Bodenpreise enorm, also wurde die Enteignung erneut von unzufriedenen ehemalsigen Grundbesitzern vorgebracht, die weitere Entschädigungen forderten. Konflikte entstanden auch durch die Enteignung von Land zugunsten ausländischer Investitionen.

Ein zentraler Konflikt besteht zwischen der Bevölkerung und den verschiedenen Geheimdiensten, die sich jenseits staatlicher Gesetze und Vorgaben Autorität anmaßen. Da diese Geheimdienste wiederum unterschiedliche Terrains für sich abgesteckt haben (regional, politisch, wirtschaftlich und anderes mehr), entstehen Interessenkonflikte auch unter diesen Diensten. Die bereits beschriebenen Konflikte – insbesondere das Stadt-Land-Gefälle – spiegeln sich in den Geheimdiensten wider.

Die Abwesenheit einer zivilgesellschaftlichen und öffentlichen politischen Debatte ist auf politische Repression zurückzuführen. Die Entstehung einer zivilgesellschaftlichen Opposition, Gewerkschaften oder anderer Gruppen – wie sie beispielsweise in Ägypten zu finden ist – wurde weitgehend verhindert. Gewerkschaftliche Organisation gibt es – staatlich kontrolliert – eher im Angestellten- und Kulturbereich. Da Syrien ein Agrarstaat ist, gibt es keine Industriegewerkschaft. Die Arbeiter im Agrarbereich sind – jenseits von Kleinbauern und Nomaden – ebenfalls staatlich organisiert. Seit dem Jahr 2000 konnten zwar – unter der Schirmherrschaft von Asma Al-Assad, der Ehefrau von Präsident Baschar Al-Assad – neue Medien und damit neue zivilgesellschaftliche Gruppen entstehen, mit Beginn der unorganisierten Protestbewegung allerdings zogen sie sich zurück. Beispiel für das neue Klima war das monatlich in englischer Sprache erscheinende Magazin Syria Today, das in den Städten und Hotels (für ausländische Gäste) zu finden war. Ende 2012 musste das Magazin sein Erscheinen einstellen.

Die beschriebenen innenpolitischen Konfliktebenen werden durch die politische Umbruchsituation verstärkt, in der sich Syrien seit der Auflösung der Sowjetunion befand. Das Land war eng mit der Sowjetunion sowie anderen sozialistischen Staaten verbündet und gehört bis heute der Bewegung der Blockfreien Staaten an.

Seit 1979 verbindet Syrien eine strategische Partnerschaft mit dem Iran. Baschar Al-Assad, der im Jahr 2000 die Regierungsgeschäfte nach dem Tod seines Vaters übernahm, leitete umfassende Reformen ein. Sie stießen auf strukturelle und finanzielle Probleme, machten aber auch Unterschiede innerhalb des Regimes deutlich, das Hafez Al-Assad seit den 1970er Jahren zur Stabilisierung und Kontrolle Syriens – und seiner Machtposition – aufgebaut hatte. Die veränderte außenpolitische Situation nach den Anschlägen des 11. September 2001 in New York machten den gesamten Mittleren Osten zur Zielscheibe US-amerikanischer Angriffe, die sich im Krieg gegen Afghanistan und Irak und in permanenten Kriegsdrohungen gegen Iran (seitens Israels) zeigten. Das Reformprogramm von Al-Assad kam vor diesem Hintergrund nicht voran.

Die regionale Ebene

Die regionale Ebene des Konflikts in Syrien hat eine historische Dimension in der Konkurrenz der großen Regionalstaaten Türkei, Iran, Saudi-Arabien um die Vorherrschaft. Diese geostrategische Konkurrenz wird heute mit angeblichen religiösen Konflikten verdeckt. Türkei und Saudi-Arabien werden sunnitisch-islamisch geführt, Iran von schiitisch-islamischen Klerikern. In Syrien kreuzen sich seit der Spaltung des Islam im Jahr 680 beim Kampf um die Nachfolge des Propheten Mohammad bei Kerbala der sunnitische Bogen (Nord-Süd) mit dem schiitischen Bogen (Ost-West).

Als Präsident eines säkularen, dem eigenen Anspruch nach sozialistischen Staates war Hafez Al-Assad das Bündnis mit dem Iran eingegangen, um sich gegen die mit dem Westen alliierten Türkei (NATO) und den mit den Golfstaaten und dem Westen

verbündeten Irak abzusichern. Saudi-Arabien stand dieser strategischen Partnerschaft Syriens mit dem Iran von Anfang an skeptisch gegenüber. Der Iran ist seit der Islamischen Revolution 1979 ein von schiitisch-islamischen Klerikern geleiteter Staat, ein religiöses Gegenmodell zu den historischen Herrschern der arabischen Welt, den sunnitischen Königshäusern und Autokratien, die schon vor dem Ende des Osmanischen Reichs im Jahr 1918 (Besetzung großer Gebiete durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges) enge Beziehungen mit den USA und Europa aufgenommen hatten. Syrien hatte dagegen seit dem Sykes-Picot-Abkommen Großbritanniens und Frankreichs, mit dem im Mai 1916 die geographische Region von Groß-Syrien (Syrien, Libanon, Palästina) in zwei Interessensphären beider Länder aufgeteilt worden war, eine ablehnende Haltung zur westlichen Politik. Mit der Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 wurde von den Briten der zionistischen Weltbewegung eine »jüdische Heimstätte in Palästina« zugesagt, was die Syrer vehement ablehnten. Die französische Mandatsmacht in Syrien endete 1946. Die britische Mandatsmacht zog sich aus Palästina kurz vor der Gründung Israels im Mai 1948 zurück. Als enger Verbündeter des Westens spaltet Israel die arabische Welt.

Gegenspieler um die regionale Vorherrschaft in der Region mit dem Iran ist das ölreiche sunnitisch-wahhabitische Königshaus der Ibn Saud. Als »Beschützer der Heiligen (islamischen) Stätten von Mekka und Medina« beansprucht Riad eine herausragende Autorität in der arabisch-islamischen Welt. Eine ähnliche Konkurrenz um regionalen Einfluss besteht zwischen der Türkei und dem Iran. Syrien, das über Jahrzehnte mit der Sowjetunion eng verbündet war und dieses Verhältnis mit Russland bis heute fortführt, liegt im Spannungsfeld dieser regionalen Großmächte. Mit dem Sturz des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein während der US-Invasion im Jahr 2003 konnte der Iran – durch seine enge Verbindung mit schiitisch-muslimischen Organisationen im Irak, die der Iran früher geheim, nun offen unterstützte – seinen Einfluss im überfallenen Land erweitern. Der jordanische König Abdullah II. warnte

2004 als erster vor einem »schiitischen Halbmond« von Teheran über Bagdad, Damaskus bis zur Hisbollah im Libanon. Vermutlich war es kein Zufall, dass dieser »schiitische Halbmond« mit US-Präsident George W. Bushs »Achse des Bösen« übereinstimmte.

Die Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien verschärften sich nach dem Krieg im Irak eher indirekt in den Staaten der Region, in denen die beiden Konkurrenten ihren Einfluß ausweiten wollen: Irak, Syrien, Libanon, kleinere Golfstaaten wie Bahrain sowie Jemen sahen unterschiedliche Ebenen von Gewalt und Kämpfen. Wahhabitische und salafistische Prediger, die von Saudi-Arabien unterstützt werden, bezeichneten öffentlich schiitische Muslime und deren Ausrichtungen (z.B. Alawiten) als Ungläubige. Die Auseinandersetzungen nahmen verbal die Form eines Religionskrieges an. Der saudische Obermufti Abdul-Aziz ibn Abdullah al Asch-Sheikh forderte im März 2013 die Zerstörung von Kirchen auf der arabischen Halbinsel. Drei Monate später rief er zum »Heiligen Krieg« gegen die (schiitisch-muslimische) Hisbollah auf. Von einem Aufruf zum »Heiligen Krieg« in Syrien nahm der Großmufti Abstand. Das erlebten sunnitische Kleriker zur selben Zeit mit einer Fatwa, die sie in Kairo bekanntmachten. Sunniten mussten mit allen Mitteln gegen die Ungläubigen in Damaskus kämpfen, hieß es.

Mit Beginn des »Arabischen Frühlings« zur Jahreswende 2010/11 in Tunesien und Ägypten, stieg die Muslimbruderschaft (mit finanzieller, medialer und militärischer Unterstützung des reichen Emirats Katar, einem Gegenspieler von Saudi-Arabien) zum neuen Machtfaktor auf. Das rief die Türkei auf den Plan, deren regierende AKP ebenfalls eine Partei der Muslimbruderschaft ist. Mit Ermunterung des Westens – der angesichts des Sturzes seiner langjährigen Verbündeten in Ägypten und Tunesien zunächst ratlos schien – beanspruchte die Türkei erneut ihre Führungsrolle in der Region. Allerdings besteht in der arabischen Bevölkerung ein Bewußtsein über die 400 Jahre lange Herrschaft des Osmanischen Reichs, als dessen Nachfolger die heutige türkische Führung immer offener agiert.

Die wichtigsten regionalen Akteure im syrischen Krieg sind heute die Türkei, Saudi-Arabien, Katar, Ägypten und der Iran. Libanon und Jordanien dienen als Aufmarschgebiet der Aufständischen unter ausländischer Kontrolle; Israel hält sich mit öffentlichen Stellungnahmen zurück. Trotz Kriegszustand zwischen Syrien und Israel war die Grenze zwischen beiden Staaten jahrzehntelang ruhig. Aus Kreisen des im Juni 2013 teilweise abgezogenen österreichischen UNDOF-Kontingents (seit Mai 1974 die UN-Mission zur Überwachung der entmilitarisierten Zone auf dem Golan) war kürzlich zu hören, dass Israel aktiv – logistisch, medizinisch, humanitär und militärisch – die bewaffneten Kämpfer unterstützt, die aus Jordanien über die entmilitarisierte Zone des Golan nach Syrien vordringen. Seit Anfang des Jahres hat Israel mehrfach Luftangriffe gegen Stellungen der syrischen Streitkräfte geflogen. Angeblich seien »Waffenkonvois an die Hisbollah« das Ziel gewesen.

Die internationale Ebene

Der von den USA ausgerufene »Krieg gegen den Terror« nach 9/11 teilt die Welt in Freunde und Feinde der Hegemonialmacht. Im Mittleren Osten und auf der Arabischen Halbinsel schlossen sich nahezu alle arabischen Staaten dem US-Lager an – auch die Türkei, dem NATO-Frontstaat in der Region. Syrien und Irak wurden vom damaligen US-Präsidenten George W. Bush als Teil der »Achse des Bösen« verdammt, auf der sich auch der Iran und die libanesische Hisbollah befinden. Alle vier »Bösen« verbindet eine historisch und geostrategisch bedingte Politik des Widerstands gegen westliche Hegemonialansprüche in der Region. Die wird vor allem von Israel, aber auch durch zahlreiche Militärabkommen und eine massive westliche Militärpräsenz im östlichen Mittelmeerraum und rund um die Ölquellen der Golfstaaten hervorgerufen. Sowohl der frühere Irak unter Saddam Hussein als auch die Außenpolitik des heutigen Irak entsprechen – wenngleich aus unterschiedlichen Gründen – nicht den westlichen Interessen in der Region. Ebenso der »schiitische Halbmond« (Iran, Irak, Syrien, Hisbollah/Libanon), mit dem angeblich Muslime gegeneinander aufgehetzt werden

sollen. Das sei die »Achse des Bösen«, die von den USA und ihren Verbündeten bekämpft wird.

Der militärische Konflikt, der sich in Syrien 2011 aus der Protestbewegung entwickelte, wurde zunächst (regional aus Jordanien, Libanon und der Türkei) von der (in Syrien verbotenen) Muslimbruderschaft geschürt. Heute soll es weit über 1000 bewaffnete Gruppen in Syrien geben, eine gemeinsame militärische Führung fehlt. Geld und Waffen fließen mit Hilfe und unter Beobachtung westlicher Geheimdienste aus Katar, Saudi-Arabien, Libyen, Jordanien und Kroatien an die Kämpfer in Syrien. Ziel des westlichen Auslands und der Golfstaaten ist die Entmachtung des Präsidenten Al-Assad, der die strategische Partnerschaft mit dem Iran und der Hisbollah, vor allem aber die nationale Souveränität Syriens erhalten will. Ziel westlicher internationaler Interessen ist die Schwächung, Zerstörung oder Teilung Syriens, um den Iran und die Staaten West- und Zentralasiens zu schwächen. Russland, China, Indien und Iran unterstützen Assad aus geostrategischen Interessen. Sie wollen eine Ausweitung von US-amerikanischen Hegemonialansprüchen nach Zentralasien verhindern.

US-Präsident Barack Obama bekräftigt, einzige Weltmacht zu sein. Der frühere nationale Sicherheitsberater von US-Präsident James Carter, Zbigniew Brzezinski, kritisierte kürzlich, dass die Kriege in Afghanistan, Irak und Libyen die Welt instabil gemacht und in ökonomische Turbulenzen geführt hätten. Die USA müsse »den Dialog mit Russland und China, Japan und Indien« suchen, um die Krise in Syrien zu lösen. Statt dessen werde eine »Massenpropaganda betrieben«, mit der der »Krieg in Syrien als demokratischer Krieg« dargestellt werde, sagte Brzezinski dem Sender MSNBC am 13. Juni 2013. In seinem 1997 erschienen Buch »Das Große Schachbrett« führte er die US-amerikanischen Interessen als »einzige Weltmacht« und die damit verbundenen geopolitischen Zielsetzungen für die kommenden 30 Jahre aus. Eurasien – Eurasien reicht von Europa im Westen, Russland im Norden, der Arabischen Halbinsel und Indien im Süden und China im Westen – mit seinen reichen

Rohstoffen wird demnach »das Schachbrett (sein), auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird«.

Meine Arbeit in Damaskus



*Schulkinder in einem Vorort von Damaskus auf dem Weg zum Unterricht (Oktober 2013)
Foto: REUTERS/Yousef Albostany*

Bitte schicken Sie Fotos mit. « Die Aufforderung eines Redakteurs klingt mir in den Ohren, während ich durch Damaskus laufe. Zu Fuß kommt man schneller voran, nur wenn der Weg allzu weit ist, nehme ich ein Taxi. Die Kamera ist in der Tasche, aber nur selten nehme ich sie heraus. Die Leute blicken mit misstrauischer Neugier auf die Ausländerin, die täglich durch ihre Straßen läuft. Einige kennen mich und grüßen freundlich, wenn ich nach einigen Wochen Abwesenheit wieder in Damaskus bin. Abu Mahmud*, der stets eine weiße Mütze oder ein Tuch auf dem Kopf trägt und freundlich den alten Kopierer bedient, das einzige Kapital von ihm und seinem Sohn. Oder George*, der Fotograf, dessen Familie in alle Himmelsrichtungen verstreut ist, seit ihre Wohnung Ende 2011 von Kriminellen verwüstet wurde: die Tochter in Dubai, seine Ehefrau in Beirut, der Sohn in Kanada. Der Schuhputzer, der Bäcker, der Juniorchef in einem der wenigen Pralinengeschäfte, die noch geöffnet sind. Bei einem Streifzug durch ein altes Viertel abseits des Yousef-Azme-Platzes strahlt eine alte Frau mich an und fragt, was um Himmels willen ich in Damaskus mache? Journalistin, wiederholt sie ungläubig meine Antwort. Dann nimmt sie meinen Kopf in ihre runzligen Hände und drückt mir einen Kuss auf die Stirn. »Friede sei mit dir! «

Jedes Mal sehe ich mehr Bettler, die die Hand verschämt und schweigend aufhalten. Mehr Frauen, die mit ihrer Kinderschar am Boden hocken. Mehr Kinder, die an den Ampeln oder Kontrollpunkten an den Autos entlanglaufen, gegen die geschlossenen Fensterscheiben hämmern und etwas Unverständliches rufen. Eindeutig sind derweil ihre Gesten: Die fünf Fingerspitzen werden zusammengepresst und zum Mund geführt, wieder und wieder. »Wir haben Hunger«, heißt das. »Und unsere vielen Geschwister auch.« Ich sollte den Jungen fotografieren, denke ich. Wie er da mit seinen struppigen Haaren und großen Augen durch das Fenster sieht und mit seinen Händen gestikuliert. Seine Augen streifen mich und bleiben an meiner Tasche hängen. Sie folgen meinen Händen, als ich hineinlange und zögernd nach dem Fotoapparat greife, dann nach der Geldbörse. »Geben Sie den Kindern nichts«, sagt der alte Taxifahrer ruhig und bedächtig, als ich in der Tasche nach einem Schein angele. »Sie werden von einer Mafia in der Stadt ausgesetzt, die am Abend das Geld von den Kindern einsammelt.« Woher er das wisse, frage ich den Mann, der mich aufmerksam im Rückspiegel mustert. »Ich bin hier aufgewachsen und jeder Damaszener weiß, dass niemand hier betteln muss. Wer Hunger hat, kann zu einer Moschee oder einer Stiftung gehen. Dort wird ihm geholfen. Diese Kinder sind nicht aus Damaskus, jemand hat sie hier ausgesetzt. «

Unbewegt ist das Gesicht des Fahrers, als er sich wieder auf den Verkehrsstau konzentriert, in dem das Taxi eingeklemmt ist. Aufrecht sitzt er in seinem ordentlich gebügelten weißen Hemd hinter dem Steuer. Als wir uns einem Kontrollpunkt bewaffneter Soldaten und Geheimdienstkräfte nähern, beginnt er leise eine Melodie zu summen. Nach der Kontrolle blickt er wieder in den Rückspiegel und fragt, ob ich aus Russland sei. »Nein, aus Deutschland«, antworte ich. »Wie kommen Sie auf Russland?« »Sie sprechen so gut Englisch, die Deutschen tun das nicht«, meint er. Kurz darauf begrüßt er freudig einen jungen Mann, der über die Straße eilt. Der kommt ans Fahrerfenster, nimmt die Hand des Fahrers, führt sie zu den Lippen, dann zur Stirn. Eine Geste des Respekts der Jugend vor dem Alter. »Das

ist mein Neffe«, sagt der Fahrer stolz und sieht lächelnd dem jungen Mann hinterher. »Hier wohne ich, in Qanawat. In der Altstadt bin ich geboren. «

Qanawat bedeutet »Kanäle«, und tatsächlich finden sich unter diesem Altstadtviertel unzählige Wasserwege, die einst die Ströme des Barada-Flusses in die östliche Region Ghuta führten. Viele der unterirdischen Kanäle sind heute trocken, vor einiger Zeit fanden Sicherheitskräfte dort Waffen- und Munitionslager, die offenbar Aufständische für einen Sturm auf Damaskus angelegt hatten. Mit Herrn Ali, einem pensionierten Mitarbeiter der Syrischen Luftfahrtbehörde, bin ich oft durch die Gassen dieses alten Viertels gestreift. Er hat mir gezeigt, wo er während der französischen Mandatszeit zur Schule gegangen ist. Wir sind seinen Schulweg gegangen, zum Haus von Verwandten, wo er als Kind mit seinen Eltern wohnte. Durch kleine Tunnel hat er mich geführt, über Treppen, vorbei an Moscheen und Geschäften, in denen noch immer glitzernde Glas- und Kristalleuchter für herrschaftliche Häuser gefertigt werden. Auf dem Bab-Srije-Markt, der sich von der Sinaniye-Moschee bis zur Khalid-bin-Walid-Straße hinzieht, haben wir beobachtet, wie Waren gebracht und gewogen, von kritischen Kundinnen und Kunden begutachtet und gekauft werden. Trotz Kriegswirren ist der Markt noch immer eines der beliebtesten Einkaufszentren im Herzen von Damaskus, auch wenn die Preise in den Himmel geklettert sind.

Offiziell akkreditiert

Im Informationsministerium habe ich eine Liste mit Interviewwünschen abgegeben. Sie habe viel zu tun, entschuldigt sich die Verantwortliche, die sich sonst immer Zeit für ein Gespräch nimmt. Schmal sieht sie aus in ihrem schwarzen Kleid. Aus ihrer Familie wurde ein junger Mann getötet, der in der Armee kämpfte. In ihrem Vorzimmer sitzen mehrere Fernsehteams, die gekommen sind, um über den US-Militärschlag zu berichten. Nun ist er ausgeblieben und ihre Unzufriedenheit mit der Betreuung durch das Ministerium ist ihnen anzusehen. Das

Ministerium »kontrolliert, bewacht, bevormundet, manipuliert, behindert«, so die Kollegen. »Hier sorgt man dafür, daß wir nichts erfahren.«



*Für umgerechnet 25 Eurocent putzt Abu Diab ein Paar Schuhe. Anfang 2011, vor dem Verfall der syrischen Währung, verdiente er pro Paar Schuhe etwa 80 Eurocent (Damaskus, Juli 2013)
Foto: Karin Leukefeld*

Der Unterschied zwischen diesen Kollegen und mir ist, dass ich als ausländische Journalistin in Damaskus akkreditiert bin und einen syrischen Presseausweis habe, der mir ein eigenständiges Arbeiten ermöglicht. Offizielle Interviews mit Regierungsmitgliedern, Polizei und Militär muss ich beantragen. Doch sonst wird meine Arbeit nur durch den Krieg und die neue, allgemeine Unsicherheit behindert. Der Presseausweis erleichtert mir an Kontrollpunkten die Durchfahrt. Mein Visum bekomme ich an der Grenze und einen Aufenthaltsstempel für sechs Monate. Die anderen Journalisten bekommen ihr Visum von der syrischen Botschaft ihres Landes und einen Aufenthalt von vier oder sieben Tagen. Auf Antrag gibt es eine Verlängerung, vielleicht. Die Kollegen werden von einem Mitarbeiter des Ministeriums begleitet, ich kann allein durch die Stadt streifen und Leute treffen.

Ganz frei kann sich im Krieg allerdings niemand bewegen. Als ich eines Tages mit einer Bekannten in einen südlichen Vorort fahre, um die Folgen eines Anschlags zu sehen, stoppt man den Wagen und fordert uns auf, umzukehren. Es sei zu gefährlich, meint der Soldat, der unsere Ausweise kontrolliert. Um den Wagen zu wenden, fahren wir einige hundert Meter und kommen vorbei am Anschlagort, der nun von uniformierten Bewaffneten umstellt ist. Ein gelbes Taxi transportierte den Sprengsatz. Mit aufgerissenen Türen und Kofferraum, zerprügelten Fenstern und stark verbrannt hängt das Fahrzeug halb auf dem Gehweg, halb auf der Straße. »Machen Sie Fotos«, höre ich die Stimme des Redakteurs und greife zu meiner Ka-

mera in der Tasche. »Auf keinen Fall Fotos«, meint die Begleite-
rin, die meine Handbewegung verfolgt hat. »Besser wir fahren
zurück.«

2005 hatte ich die Akkreditierung beantragt, nachdem ich den
Irak wegen der zunehmenden Gewalt verlassen musste. Fünf
Jahre lang reiste ich mit Journalistenvisa nach Syrien ein, fünf
Jahre fragte ich jedes Mal im Ministerium nach, ob mein Akk-
reditierungsantrag schon entschieden sei. Irgendwann griff der
Zuständige schon zu meiner Akte, wenn ich den Raum betrat
und entschuldigte sich dafür, dass seine Behörde noch immer
nicht entschieden habe. »Sie sehen, Ihre Akte liegt hier immer
obenauf.« Als ich Anfang 2010 wieder nach Damaskus kam,
nahm eine Mitarbeiterin des Ministeriums mich beim Arm und
meinte: »Dieses Mal lassen wir Sie nicht wieder ausreisen, ohne
dass Sie den Journalistenausweis erhalten haben.« Ich zahlte ei-
ne Jahresgebühr von 100 US-Dollar an die Syrische Journalis-
tenunion und einen US-Dollar für Kopien. Einige Tage später
hielt ich den Ausweis tatsächlich in der Hand.



*»Nehmen Sie meine Kinder mit, wenn Sie
mir schon nicht helfen können« – sudanesi-
sche Flüchtlinge (Damaskus, August 2012)
Foto: Karin Leukefeld*

Warum mein Antrag nach fünf Jahren positiv entschieden
wurde, weiß ich nicht. »Du hast sie genervt mit Deiner Hartnä-
ckigkeit«, meinen die einen. »Deine Medien sind nicht wichtig
genug«, sagen die anderen. Syrische Oppositionelle in Deutsch-
land und einige ihrer Freunde behaupten, ich hätte einen
Freund beim Geheimdienst, sei eine gute Bekannte des Präsi-
denten oder habe vielleicht auch Schmiergeld bezahlt. Andere
meinen, ich würde »vom Regime bezahlt« für meine Berichter-
stattung oder »mit Diktatoren kann sie sowieso gut«, wie man
ja schon bei Saddam Hussein gesehen habe. Vor dem völker-
rechtswidrigen Krieg der von den USA geführten Allianz gegen
den Irak 2003 wünschte mir der langjährige Leiter einer deut-

schen Hilfsorganisation gar, dass ich an der Seite von Saddam Hussein im Führungsbunker in Bagdad verrecken möge.

Dem Elend entkommen

»Unabhängige Berichterstattung aus Syrien gibt es nicht«, erfahre ich eines Abends, als ich im Internet das Interview mit einem Kollegen anhöre. Er spricht aus dem Studio des Senders, für den er arbeitet, nicht aus Syrien. Selbst als er in Syrien war und bei einer gemeinsamen Tour – vielleicht war es Homs, Hama oder Derra – das gleiche sah wie ich und mit den gleichen Menschen sprach, berichtete er anders, als ich es tat. Woran liegt es, vielleicht an den Erwartungen des Senders? Der Satz eines anderen Kollegen aus Deutschland fällt mir ein, der vor etlichen Monaten einmal zu mir sagte: »Merkwürdig. Wir berichten so schlecht über sie, und sie lassen uns doch immer wieder einreisen.«

Es fällt mir schwer, unberührt zu bleiben von dem, was ich in Syrien höre und sehe. Fotos mache ich nur, wenn die Menschen zustimmen, fotografiert zu werden. Viele möchten das nicht. Andere fordern mich auf, Fotos zu machen und denken, ich könnte ihnen helfen, ihrem Elend zu entkommen. »Nehmen Sie meine Kinder mit, wenn Sie mir schon nicht helfen können«, fleht eine Sudanesisin, die ich in einer provisorischen Unterkunft in einer Schule treffe. »Können Sie uns helfen nach Deutschland zu kommen«, fragt ein junges Ehepaar. »Sagen Sie Ihrer Regierung, sie solle kein Geld an die UNO geben, sondern an uns«, meint eine Frau, die sich als Vorsitzende einer illegalen Hilfsorganisation vorstellt und mich mit Flüchtlingsfrauen aus Homs zusammenbringt. Auf die Frage, warum kein Geld an die UN-Organisationen gehen solle, meint sie: »Weil die UNO korrupt ist.« Das Interview mit den Flüchtlingsfrauen nimmt sie selbst mit einer kleinen Kamera auf, die sie von der BBC erhalten hat. »Um Beweise für den Internationalen Strafgerichtshof zu sammeln«, wie sie meint.

Immer wieder sage ich mir: keine Emotionen, keine Sympathie, keine Ablehnung zeigen. Jedem gegenüber muss ich interessiert

bleiben, zuhören, nachfragen und hinsehen. Jeder, der mit mir, der ausländischen Journalistin, spricht, verdient Respekt.

Ein Mann verhöhnt mich und fragt, ob ich schon dort oder da an der Front gewesen sei, um die Wahrheit zu berichten. Ich sei keine Kriegsberichterstatterin, antworte ich, ich interessiere mich für seine Ansichten, für seine Erfahrung. Die Schiiten seien »dreckig«, schimpft er daraufhin, »keine Gläubigen«. Iran habe in den letzten zehn Jahren die Führung in Syrien übernommen, der Präsident sei ein Esel. »Die Armee treibt die sunnitischen Soldaten zusammen und hält sie gefangen«, meint er dann und: »Es kämpfen nur noch Iraner.« Woher weiß er das, frage ich. Hat er sie gesehen, die Iraner? Kennt er Soldaten, die von der eigenen Armee gefangen gehalten werden? Nein, meint der Mann, und als ich frage, woher er das wisse, was er mir erzählt hat, antwortet er: »Aus dem Internet und von Al-Dschasira. Die anderen lügen doch sowieso nur.«



*Vor der Sinaniye-Moschee
(Februar 2012)
Foto: Karin Leukefeld*

Fast wortgleich sagt das ein anderer Gesprächspartner wenige Stunden später. »Die lügen doch sowieso nur«, meint er, als er über die westliche Berichterstattung zum Einsatz chemischer Substanzen östlich von Damaskus spricht. »Seit 40 Jahren haben wir die chemischen Waffen, und niemals wurden sie eingesetzt«, fügt seine Frau hinzu. »Aber sollen die Amerikaner sie doch haben. Sollen sie sie doch zerstören, wir haben dafür kein Geld.« Ich mache Notizen, frage nach und will auch hier wissen, wie die Leute sich informieren. Libanesishe Zeitungen im Internet, sagt der Mann und nennt As-Safir. »Wir sehen Al-Mayadeen, BBC, Al-Dschasira, France 24, Russia Today und hören Radio«, ergänzt seine Frau. »Und natürlich verfolgen wir das syrische Fernsehen. Da hören wir Sachen, die die anderen nicht bringen. «

Während des Gespräches gehen mehrmals krachend Mörsergranaten in nicht allzu größerer Entfernung nieder. Dann dröhnen die Granaten, die von den Armeestellungen auf dem Berg Qasyun abgefeuert werden. Man lernt zu unterscheiden, ob ein Geschloß ein- oder abgeht. Manche Syrer können sogar die Waffensysteme unterscheiden, die zum Einsatz kommen. Ich konzentriere mich darauf herauszufinden, wie weit entfernt ein Geschloß abgefeuert wird oder niedergegangen ist. Meist sind es zwei, vier oder mehr Kilometer. Als etwa 100 Meter Luftlinie entfernt eine Granate auf dem Dach eines Gebäudes einschlägt, höre ich einen besonders lauten Knall und die Fenster wackeln.

Am nächsten Morgen gehe ich wieder los, um neue Eindrücke, neue Bilder einzufangen. Das Licht ist gut zum Fotografieren, wieder stecke ich den Fotoapparat in meine Tasche. Als ich über die Brücke des Präsidenten gehe, will ich den Verkehrsstau fotografieren. Doch dann wird meine Aufmerksamkeit von etwas abgelenkt, das auf dem Gehweg liegt. Ein Bündel? Ein Sack? Langsam gehe ich darauf zu. Es ist ein Mann, der da auf einem Stück Pappe liegt. Halb liegt er auf dem Bauch, den Kopf hat er auf seinen Arm gebettet, sein Gesicht ist friedlich. Dünn ist er und klein. Die Kleidung ist ärmlich. Andere eilen an ihm vorbei, niemand zögert bei seinem Anblick. Ist er gefallen? Ohnmächtig, tot? Mein Blick fällt auf seine nackten Füße und seine Schuhe, die ordentlich neben ihm stehen. Erleichtert denke ich, dass er sie ausgezogen haben muss, bevor er sich hinlegte. Müde muss er gewesen sein. So müde, dass er nicht die wenigen Meter in den Park gegangen ist, um sich dort in den Schatten eines Baumes zu legen. Zu müde, um den morgendlichen Verkehr um sich herum wahrzunehmen. Bald wird er sicher aufwachen, die Schuhe anziehen und weitergehen. Langsam steige ich die Treppe von der Brücke hinunter und sehe mich noch einmal um. »Schicken Sie Fotos«, höre ich die Stimme des Redakteurs. Ich gehe weiter.



Noch immer eines der beliebtesten Einkaufsziele: Der Bab-Srije-Markt in der syrischen Hauptstadt (September 2013)

Foto: Khaled Al Hariri/Reuters

** Name auf Wunsch des Gesprächspartners geändert*